

# **Satzung**

## **für juristische Personen gem. § 60 AO**

### **§ 1 Firma und Sitz**

Der **BS-RE** als Körperschaft  
**Sozialberatung & Prüfdienst gUG**  
**(haftungsbeschränkt)**

mit Sitz in **Recklinghausen**

verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

### **§ 2 Zweck und Gegenstand**

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Wohlfahrtswesens, der Altenhilfe sowie des bürgerschaftlichen Engagements zugunsten gemeinnütziger Zwecke. Die Körperschaft ist selbstlos tätig. Sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Der Gesellschaftszweck wird verwirklicht insbesondere durch

- SGB XII- Beratung und Begleitung, insbesondere im Rahmen der Grundsicherung im Alter
- SGB II- Beratung und Hilfestellung bei Anträgen und Korrespondenzen mit dem Leistungsträger
- Anregung, Beratung und Antragstellungen im Rahmen der Nachlasspflegschaft, der rechtlichen Betreuung, der Vorsorgevollmacht und der Schuldnerberatung
- Förderung des paritätischen Wohlfahrtsverbandes durch Mitgliedschaft

Die Gesellschaft darf alle Geschäfte und Handlungen vornehmen, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar zu dienen geeignet sind. Sie darf hierzu im Rahmen des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung weitere Zweckbetriebe und wirtschaftliche Geschäftsbetriebe betreiben, sowie Zweigniederlassungen oder weitere gleichartige oder ähnliche Unternehmen errichten, bestehende erwerben oder sich an solchen beteiligen oder die Geschäftsführung und die Vertretung übernehmen.

### **§ 3 Gemeinnützigkeit**

1. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig, sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
2. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden.
3. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus den Mitteln der Gesellschaft erhalten.
4. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

### **§ 4 Stammkapital, Finanzierung**

1. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 2025,00 Euro (in Worten: zweitausendfünfundzwanzig Euro).
2. Die Einlage ist in bar zu erbringen und sofort zur Zahlung fällig.

## § 5 Geschäftsjahr, Dauer der Gesellschaft

1. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
2. Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

## § 6 Organe der Gesellschaft

1. Organe der Gesellschaft sind:
  - a) die Gesellschafterversammlung
  - b) die Geschäftsführung
2. Die Mitglieder der Geschäftsführung sind grundsätzlich ehrenamtlich für die Gesellschaft tätig. Einzelnen oder allen Mitgliedern kann jedoch durch Beschluss der Gesellschafterversammlung und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft eine pauschale Vergütung gemäß § 3 Nr. 26 a EStG ihrer Tätigkeit gewährt werden. Im Übrigen haben die Mitglieder der Geschäftsführung einen Aufwendungsersatzanspruch nach § 679 BGB für solche Aufwendungen, die ihnen durch die Tätigkeit für die Gesellschaft tatsächlich entstanden sind. Hierzu gehören insbesondere Fahrtkosten, Reisekosten, Telefon, Porto, Kopier- und Druckkosten. Die Mitglieder der Geschäftsführung haben das Gebot der Sparsamkeit zu beachten. Eine Erstattung der Kosten erfolgt nur gegen Abrechnung und Nachweis.
3. Die Mitglieder der Geschäftsführung können auch auf Grundlage eines Dienstverhältnisses tätig sein. Abschluß, Änderung und Beendigung dieses Vertrages erfolgen auf Beschluß der Gesellschafterversammlung. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

## § 7 Geschäftsführung

1. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer, die von der Gesellschafterversammlung bestellt oder abberufen werden.
2. Jeder Geschäftsführer ist einzelvertretungsberechtigt.
3. Die Gesellschafterversammlung kann einzelnen oder allen Geschäftsführern Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB erteilen.
4. Die Geschäftsführer haben der gemeinnützigen Ausrichtung der Gesellschaft in besonderem Maße Rechnung zu tragen. Hierzu kann die Gesellschafterversammlung eine Geschäftsführungsordnung erlassen.
5. Die Gesellschafterversammlung bestimmt jeweils, ob ein Geschäftsführer haupt-; nebenamtlich oder ehrenamtlich tätig ist.
6. Vorstehende Regelungen gelten auch für die Liquidatoren. Wird die Gesellschaft nach § 66 Abs. 1 GmbHG von den bisherigen Geschäftsführern liquidiert, so besteht deren konkrete Vertretungsbefugnis auch als Liquidatoren fort.

## § 8 Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung

1. Die Gesellschafterversammlung ist das Leitungsorgan der gemeinnützigen uG und trifft alle Grundsatzentscheidungen. Dabei achtet sie insbesondere auf die Einhaltung der ideellen Zielsetzung, wie sie in in den §§ 2-3 beschrieben sind sowie die Substanzerhaltung der Gesellschaft. b.w.

Die Gesellschafterversammlung ist insbesondere zur Entscheidung über folgende Angelegenheiten zu ständig und verpflichtet:

- Feststellung des Jahresabschlusses
- Beschlussfassung über die Gewinnverwendung im Rahmen der Vorschriften der Abgabenordnung über steuerbegünstigte Zwecke - Entlastung der Geschäftsführer

Daneben hat die Gesellschafterversammlung folgende Aufgaben zu erfüllen:

- Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer sowie Abschluß und Kündigung der Anstellungs- verträge
- Sitzverlegung und Veräußerung des gesamten Unternehmens oder von Unternehmensteilen
- Beschlüsse über Unternehmensverträge
- Strukturmaßnahmen, die Gegenstands-oder Zweckveränderungen gleichkommen - Änderungen des Gesellschaftsvertrages

3. Grundsatzentscheidungen im Sinne des Abs.1 sind auch:

- die Aufnahme oder Aufgabe eines Geschäftszweiges
- die Errichtung und Aufgabe von Zweigniederlassungen
- die Veräußerung und Belastung von Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten, sowie die damit zusammenhängende Verpflichtungsgeschäfte, Abschluß von Dauerschuldverhältnissen mit einem Volumen von mehr als 500,00 Euro bis zum nächstmöglichen ordentlichen Kündigungs termin
- Investitionen und sonstige Aufwendungen mit einem Volumen von mehr als 2.500,00 Euro je Geschäftsjahr
- Gewährung von Sicherheiten (z.B. Verpfändung, Sicherheitsübereignung, Bürgschaften), Eingehen von Wechselverbindlichkeiten, auch wenn dies im Geschäftsplan ausgewiesen ist, Vereinbarung von Krediten und Kreditlinien , die im Einzelfall den Betrag von 1.000,00 Euro übersteigen.
- Alle Rechtsgeschäfte einschließlich Forderungsverzicht mit Organmitgliedern der Gesellschaft oder deren Angehörigen, sowie mit diesen oder der Geschäftsführung nahestehenden Unternehmen, ausgenommen der Gesellschaft ihrer Gesellschaften
- Erlass von Forderungen gegen Arbeitnehmer, auch wenn dies im Geschäftsplan ausgewiesen ist und sonstiger Forderungen, wenn diese 1000,00 Euro im Jahr übersteigen - Erteilung und Widerruf von Prokura

## § 9 Gesellschafterversammlung

1. Die Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung einberufen. Jeder Geschäftsführer ist zur Einberufung berechtigt. Die Einberufung erfolgt schriftlich oder per e-Mail. Sie muß den Zeitpunkt, den Ort und die Tagesordnung angeben. Die Tagesordnung muß so konkret dargestellt werden, das alle Themen, die in der Gesellschafterversammlung behandelt werden sollen, deutlich erkennbar sind.
2. Zwischen dem Tag der Absendung der Einberufung und dem Tag der Gesellschafterversammlung muß eine Frist von mindestens zwei Wochen liegen. Bei der Berechnung der Frist werden der Tag der Absendung der Einberufung und der Tag der Versammlung nicht mitgerechnet.
3. Die Gesellschafterversammlung findet am Sitz der Gesellschaft statt.
4. Gesellschafterversammlungen sind beschlussfähig, wenn mindestens 75 % aller Stimmen vertreten sind
5. Personen, die nicht Gesellschafter oder Bevollmächtigte sind, dürfen Gesellschafterversammlungen nicht beiwohnen, sofern nicht alle Gesellschafter dem zustimmen. b.w.

## **§ 10 Gesellschafterbeschlüsse**

1. Die von den Gesellschaftern in Angelegenheiten der Gesellschaft zu treffenden Beschlüsse werden in der Versammlung gefasst. Soweit sich nicht aus zwingenden gesetzlichen Bestimmungen etwas anderes ergibt, können Beschlüsse auch außerhalb von Versammlungen schriftlich, per Fax, e-Mail oder telefonisch gefasst werden, wenn sich alle Gesellschafter mit dieser Art der Beschlußfassung einverstanden erklären oder sich an ihr beteiligen. Wird ein Beschluß auf diesem Wege gefasst, ist er von der Geschäftsführung unverzüglich schriftlich sämtlichen Gesellschaftern mitzuteilen.
2. Gesellschafterbeschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht Gesetz oder Gesellschaftsvertrag eine größere Mehrheit vorsehen.
3. Je 1,00 Euro eines Geschäftsanteils gewährt eine Stimme.
4. Die Anfechtung eines Gesellschafterbeschlusses kann nur innerhalb einer Ausschlussfrist von zwei Monaten seit Beschlussfassung, wenn diese im Umlaufverfahren erfolgt ist, seit Zugang der schriftlichen Mitteilung, geltend gemacht werden.
- 5.

## **§ 11 Jahresabschluss, Gewinnverteilung**

Die Aufstellung des Jahresabschlusses hat innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Frist zu erfolgen.

## **§ 12 Rechtsgeschäftliche Verfügungen über Geschäftsanteile**

Rechtsgeschäftliche Verfügungen eines Gesellschafters über einen Geschäftsanteil oder Teile hiervon bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung aller Mitgesellschafter.

## **§ 13 Kündigung**

1. Jeder Gesellschafter kann die Gesellschaft mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Geschäftsjahres kündigen. Die Kündigung hat schriftlich durch eingeschriebenen Brief an die Gesellschaft und die übrigen Gesellschafter zu erfolgen.
2. Mit Wirksamwerden der Kündigung scheidet der kündigende Gesellschafter aus der Gesellschaft aus.  
Die Gesellschaft wird von den übrigen Gesellschaftern fortgesetzt, sofern bis zum Wirksamwerden der Kündigung alle Geschäftsanteile des kündigenden Gesellschafters gem. § 14 Abs. 2 eingezogen oder gem. § 14 Abs. 3 von der Gesellschaft oder einer im Beschluß zu benennenden, zur Übernahme bereit- en Person übernommen wurde.
3. Das Stimmrecht des ausscheidenden Gesellschafters ruht bei der Beschlußfassung über das weitere Schicksal seines Geschäftsanteils.
4. Wurde der Geschäftsanteil des ausscheidenden Gesellschafters nicht bis zum Ablauf der Kündigungsfrist eingezogen oder von der Gesellschaft oder einer anderen Person übernommen, tritt die Gesellschaft in Liquidation.

## **§ 14 Einziehung von Geschäftsanteilen**

1. Die Gesellschafter können die Einziehung von Geschäftsanteilen beschließen, wenn der betroffene Gesellschafter zustimmt.
2. Die Gesellschafter können die Einziehung von Geschäftsanteilen beschließen, ohne das es der Zustimmung des betroffenen Gesellschafters bedarf, wenn b.w.

- a) ein Gesellschafter gem. § 13 kündigt
- b) wenn über das Vermögen des betroffenen Gesellschafters das Insolvenzverfahren eröffnet, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt oder die Zwangsvollstreckung in seinen Geschäftsanteil betrieben und diese Maßnahme nicht innerhalb von zwei Monaten, nach dem sie getroffen wurde, wieder aufgehoben wird
- c) wenn der Geschäftsanteil eines Gesellschafters im Wege der Erbfolge oder auf Grund eines Vermächtnisses auf andere Personen als auf Mitgesellschafter übergegangen ist
- d) wenn in der Person eines Gesellschafters ein sonst wichtiger Grund vorliegt

Die Einziehung wird durch die Geschäftsführung auf Grund eines Beschlusses der Gesellschafter erklärt. Der betroffene Gesellschafter hat kein Stimmrecht.

- 3. Statt der Einziehung können die Gesellschafter beschließen, dass der Geschäftsanteil des betroffenen Gesellschafters ganz oder teilweise auf die Gesellschaft oder eine im Beschluß zu benennende, zur Übernahme bereite Person abzutreten ist. Abs. 2 Satz 3 gilt für diesen Beschluß entsprechend.
- 4. Die Entschädigung für die Einziehung eines Geschäftsanteils bemißt sich nach § 15 Abs. 2.

### **§ 15 Auflösung der Gesellschaft und Vermögensanfall**

- 1. Die Gesellschaft kann durch einstimmigen Beschluss der Gesellschafterversammlung aufgelöst werden.
- 2. Die Gesellschafter erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall der steuerbegünstigten Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.
- 3. Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Körperschaft, soweit es die eingezahlten Kapitalanteile der Gesellschafter und den gemeinen Wert der von den Gesellschaftern geleisteten Sacheinlagen übersteigt, an den gemeinnützigen Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, Landesverband NRW, Loher Str. 7, 42283

Wuppertal, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige oder mildtätige Zwecke zu verwenden hat.

### **§ 16 Bekanntmachungen**

Die gesetzlich vorgeschriebenen Bekanntmachungen erfolgen ausschließlich im Bundesanzeiger.

### **§ 17 Salvatorische Klausel, Verweisung**

- 1. Sollten Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, oder sollte sich im Vertrag eine Regelungslücke herausstellen, so berührt das den Bestand dieses Vertrages im Übrigen nicht.

Die Gesellschafter verpflichten sich bereits heute, eine unwirksame oder lückenhafte Bestimmung durch eine solche angemessene Regelung zu ersetzen bzw. auszufüllen, die dem gewollten wirtschaftlichen Sinn und Zweck entspricht bzw. dem am nächsten kommt, was die Gesellschafter gewollt hätten, wären sie sich der Regelungslücke bewußt gewesen. b.w.

- 2. Soweit in dieser Satzung keine abweichenden Bestimmungen getroffen sind, gelten die Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Gesellschaft mit beschränkter Haftung in der jeweils geltenden Fassung.

## § 18 Gründungsaufwand

Die mit der Gründung der Gesellschaft verbundenen Kosten trägt der Gesellschafter und Geschäftsführer Bernhard Blach.

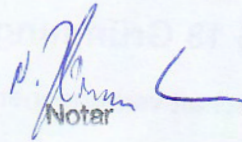
Recklinghausen, den 04.03.2025

  
Bernhard Blach  
-Geschäftsführer-



Die wörtliche Übereinstimmung vorstehender Abschrift  
mit der Urschrift beglaubige ich.

Recklinghausen, den 13. März 2025

  
Notar

